

## Erklärt Links implizit ihre Realitätsferne?

<https://www.freiewelt.net/>

## Berufstätige anfällig für rechtsextremistische Ansichten?

Nach Meinung des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung sind Berufstätige besonders anfällig für rechtsextremistische Ansichten.

[Redaktion \(wh\)](#) 11.09.2019 - 11:40 Uhr

**Bundesbehörde stellt Berufstätige unter Generalverdacht**  
Erklärt Links implizit ihre Realitätsferne?

<https://www.freiewelt.net/>

## Berufstätige anfällig für rechtsextremistische Ansichten?

Nach Meinung des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung sind Berufstätige besonders anfällig für rechtsextremistische Ansichten.

[Redaktion \(wh\)](#) 11.09.2019 - 11:40 Uhr

## Bundesbehörde stellt Berufstätige unter Generalverdacht

[Logo Bundeszentrale für Politische Bildung / Wikicommons / CC BY-SA 3.0](#)

Veröffentlicht:

von [Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Whats App teilen](#) [Auf VK teilen](#) [E-Mail teilen](#)

Nach Meinung des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sind Berufstätige besonders anfällig für rechtsextremistische Ansichten. Krüger behauptete **laut** »Hannoversche Allgemeine« wörtlich gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: »Die Problemgruppe Nummer

eins sind die berufsaktiven Menschen«. Junge Menschen würden dagegen sehr viel widerstandsfähiger sein gegen rechtes Gedankengut.

Als Grund für diese Anfälligkeit nennt Krüger, dass Berufstätige neben Job und Familie weniger Zeit haben, sich politisch zu bilden. Zudem sind sie »nicht in formalen Infrastrukturen politischer Bildung eingebunden«.

Das will der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung jetzt ändern. Er plädiert für mehr politische Bildung. Diese kann aus einem verstärkten Angebot in den klassischen und den sozialen Medien, in den Betrieben, über Vereine und ehrenamtliche Arbeit bestehen.

Offenbar ist die Bundeszentrale bereits aktiv. Denn Krüger berichtet von Fortschritten in Betrieben und Vereinen. Bei den klassischen Medien seien seiner Behörde aber durch die verfassungsmäßig vorgesehene Staatsferne des Rundfunks gewisse Grenzen. »Einige rechtskonforme kreative Modelle hat es gegeben«, so der Behördenleiter ohne genau zu sagen, was hier mit kreativ gemeint ist. »Wir brauchen aber mehr professionelle Partnerschaften und auch die nötigen Ressourcen dazu.«

Was Krüger verlangt ist nichts weniger als die politische Kontrolle der Berufstätigen. Oder soll man sagen: Der Werktätigen? Denn genau daran erinnert die Idee des Herrn Krüger. An die Auswüchse des Überwachungsstaats namens DDR. Dort war Thomas Krüger Bürgerrechtler. Wo steht Herr Krüger heute?

Seine Kollegin aus Brandenburg, die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg, Martina Weyrauch, wird noch deutlicher. »Es gehe nicht um, ja darum, dass wir gar nicht neutral agieren können – neutral im Sinne, es ist uns egal, ob sich Demokratie entwickelt oder nicht«, sagt sie gegenüber dem Deutschlandfunk, »sondern wir sind laut Grundgesetz und laut auch unseres Organisationserlasses in Brandenburg natürlich verpflichtet, im Sinne der offenen Gesellschaft, im Sinne unserer demokratischen Grundordnung zu agieren.« — Dumm daran ist, dass im Grundgesetz nichts von einer »offenen Gesellschaft« als Staatsziel steht. Auch hier wird eindeutig politisch manipuliert.

Berufstätige werden hier zu Gegnern der aktuellen politischen Ziele erklärt. Das verrät viel über den Zustand der Sozialdemokraten, denen Thomas Krüger seit langem angehört. Sie haben ein Problem mit Leuten die arbeiten gehen, Leuten, die Steuern zahlen, Leuten, die unabhängig sind von staatlichen Kontroll- und Ordnungsorganen. Sie will man wieder zurückbringen in die Spur.

Denn wahrscheinlich wird es stimmen: Berufstätige sind anfällig für das, was diese Regierung generell als rechts titulierte. Denn sie bezahlen die Rechnung für die Ideen aus dem linken Tollhaus der Merkel-Regierung. Sie zahlen Steuern, sie halten den Wirtschaftsstandort Deutschland am laufen. Sie sind fähig, ohne staatliche Gelder zu leben. Sie sind, anders als die in sozialen Versorgungssystemen lebenden Bürger, nicht unter Kontrolle zu kriegen.

[Auf Facebook teilen](#) [Auf Twitter teilen](#) [Auf Whats App teilen](#) [Auf VK teilen](#) [E-Mail teilen](#)